

Voller Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ
des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Komp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdernstraße 10 b^m

Jahrespreis: 240 Mark

Erscheint alle 8 Tage

Die Weihnachtsbesserung der Unternehmer für ihre Arbeiter.

Unsere Weihnachtsbesserung erstreckte sich meist auf die allgemeinen Gegenstände in der heutigen Gesellschaft, die trotz aller christlichen Lehren üppig weiter wuchern. Nun ist das deutsche Volk durch den Ausgang des Weltkrieges in eine Situation gebracht worden, wodurch die schon vorhandenen inneren Gegensätze noch unendlich verschärft werden.

Die Gewinner des Weltkrieges betrachten und behandeln Deutschland als wehrloses Ausbeutungsgesellschaft, darüber dürfte es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Es liegt also auf der Hand, daß ein Volk, welches sich in solcher Lage befindet, kein Schicksal nur dem gütig gestalten kann, wenn es einig und stark, im Innern wie nach außen, seine Gesamtinteressen zu wahren sucht. Was aber heißt das?

Jene gebildeten Kreise, die sich so stark betont national nennen, die sich verpflichtet fühlen sollten, als Führer und Vorkämpfer einer sittlichen, sozialen Umgestaltung einer Einigung und Erneuerung unseres Volkes, ein leuchtendes Beispiel zu geben, was nun sie in Wirklichkeit?

Wer die Publikationen der Rechtsprelle und insbesondere jene der ausgesprochenen Arbeitgeberorgane verfolgt, wird mit Bedauern feststellen müssen, daß die genannten Kreise aber auch rein gar kein Verständnis dafür besitzen, was gegenwärtig getan werden möchte. Anstatt alles zu tun, was die Einigkeit und Arbeitsfreudigkeit, die sittliche und soziale Weiterentwicklung des deutschen Volkes heben und fördern kann, versuchen sie im Gegenteil alles, was in ihren Kräfte steht, um diese Befindlichkeit zu verhindern; ja, man bemüht sich sogar frampfhaft, diese um mehr als ein Jahrzehnt zurückzuführen.

Abbau der Sozialfürsorgegesetze, niedrige Löhne, längere Arbeitszeit, Rechtslosmachung der Arbeiter und Angestellten, Abwälzung der Steuerlasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes, das sind die Parolen des Unternehmertums.

Es ist eigentlich erschauend, daß jene Kreise, die sich so sehr auf ihr Wissen und ihre Bildung einbilden, nicht einmal zu begreifen vermögen, daß es ein unhaltbarer Zustand ist, in heutiger Zeit 80—90 Proz. eines großen Volkes politisch und wirtschaftlich von einer Minderheit von höchstens 20 Proz. in Abhängigkeit halten zu wollen.

Ein solcher Zustand ist bei dem heutigen Bildungsgrad der Volksmassen unendlich halbar; er muß naturgemäß früher oder später zu Konflikten und zu Katastrophen führen. Das bereits in früheren Publikationen an dieser Stelle näher geschilderte Vorgehen der führenden Arbeitgebervereinigungen beweist, daß die Führung denselben Händen anvertraut ist, die nicht sehen oder nicht sehen wollen, wohin sie die Dinge treiben.

Es ist das dieselbe Erscheinung, die sich in den maßgebenden Regierungskreisen vor dem Ausbruch des Weltkrieges gezeigt hat. Auch diese koppten auf gut Glück, ohne eigentliches Verständnis für die menschlichen Dinge, in den Krieg und führten das deutsche Volk ins Elend hinein.

Wenn die Arbeitgeberkreise die Führung ihrer Interessen, die zugleich das Schicksal des deutschen Volkes, der deutschen Wirtschaft einschließen, solchen unfähigen Händen anvertraut haben, dann hat die Arbeitererschaft um so mehr Ursache, wachsam zu sein. Daß die Arbeitgeber ihr sogenanntes nationales Empfinden nicht ernst nehmen, sondern nur als Mittel zum Zweck benutzen, das hat sich oft genug erwiesen. Der Kapitalismus ist international und stets bereit, sich zu koalieren, wie und wo immer sich Gelegenheit bietet Geschäfte zu machen und die Köpfe auszubringen. Die Beauftragten der Unternehmer sind ständig auf der Suche nach Absatzmärkten, da gibt es weder nationale Grenzen noch nationale Bedenken. Die Lockungen sprechen dafür, daß es den Unternehmern nur darauf ankommt, billig zu produzieren, ohne jedwede Rücksicht auf die Arbeitnehmer.

Die offiziellen Kundgebungen der Borstg und anderer Unternehmerführer sprechen dafür, daß den Arbeitern der Brotkorb höhergehängt werden soll, damit sie gezwungen werden, länger als acht Stunden zu schuften. In unzähligen Artikeln wüthen die SD-Linge der Unternehmer gegen die sozialen Einrichtungen im Deutschen Reich.

Den Gewerkschaften wird unterstellt, daß sie durch ihre Lohnpolitik den Wiederaufbau der Wirtschaft verhindern. Da hängt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Wetmark nur von den niedrigen Arbeiterlöhnen ab. Der Amerikaner Henry Ford schreibt aber in seinem Buche, daß Arbeitgeber, die ihre Wettbewerbsfähigkeit auf niedrige Löhne stützen, dadurch nur ihre eigene Unfähigkeit bekunden, einen Betrieb richtig zu organisieren.

In unser aller Erinnerung ist ferner, wie die Unternehmer die öffentliche Meinung zur gefälligen

Reichstagswahlen ergeben kann, besonders erfreuliche Ausblicke bieten sich nicht. Es wäre daher müßig, Kombinationen darüber anzustellen, was nunmehr eintreten kann.

Für uns gibt es nur eines, wir haben keine Zeit uns pessimistischen Betrachtungen hinzugeben.

Wir müssen unser Schicksal selbst zu gestalten suchen. Wir müssen aus all diesen Dingen lernen, unser Vertrauen auf die eigene Kraft zu stärken und zu festigen.

Was kommen was da will, wir werden um unsere Interessen, die sich bedien mit den Interessen der Gesamtheit der großen Masse unseres Volkes, kämpfen. Kämpfen mit der alten Ausdauer und Fähigkeit, die uns vorwärts gebracht hat und weiter bringen wird bis an das Ziel. Und darum trotz alledem: Frohe Weihnachten!

Weihnacht!

Es duftet wieder nach Tannenbaum,
Viel Menschen träumen den alten Traum!
Die Gloden läuten vom Turm.

In der Kirche heuchelt das fromme Chor,
Und draußen da redt es sich gierig empor!
Die Gloden, sie läuten vom Turm.

Und Tausende hungernd nach Brote schreien,
Den Reichen bringt's nicht ins Ohr hinein!
Die Gloden rufen vom Turme.

Und großend droht es von Stadt zu Stadt:
Das Hungern und Darben, das haben wir satt,
Die Gloden läuten zum Sturmel!

Wenn steht der Arbeit Volk befreit?
Wenn grüßt den Beginn der neuen Zeit?
Das Läuten der Gloden vom Turme?

Wenn Ihr sammelt der Arbeit gewaltiges Heer!
Wenn nur ein Vorwärts gilt, kein Rückwärts mehr!
Dann rufen sie's jubelnd vom Turme. —



Diene für ihre Interessen zu machen wissen. Die Zeitungen sind zu einem guten Teil in ihrer Hand, selbst die Volksvertreter werden mit Geld gekauft und bestochen. Alles deutet daraufhin, daß alle diese Vorbereitungen letzten Endes nur dazu dienen sollen, alle Launen der Reparationsleistungen auf die Arbeitererschaft abzuwälzen.

Das soll die Weihnachtsbesserung des deutschen Volkes werden durch die Führer der Wirtschaft!

Da muß doch die Frage aufgeworfen werden: Wie lange noch soll die Wirtschaftsführung, von der doch das Wohl und Wehe des gesamten deutschen Volkes abhängt, das Privilegium dieser wenigen Persönlichkeiten bleiben? — Ist es nicht die mehr höchste Zeit, daß der Staat sich einmal der Sache annimmt und bewirkt, daß auch den Angestellten und Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird?

Die Reichstagswahlen sind vorüber. Sie haben zweifelsohne bewiesen, daß das deutsche Volk in zwei große Lager gespalten ist. Daß die fortschrittlich gesinnten Kreise in der Mehrheit sind, dürfte nicht bestritten werden. Dennoch verlangen die Rechtsparteien eine Bürokratieverwaltung. Wie man auch die Situation betrachtet, die sich nach dem Ausfall der

Die Flucht in die Öffentlichkeit.

Eine Abrede der Offenbacher Ortsverwaltung. In Nr. 40 unserer Verbandszeitung befaßt sich Kollege Blum mit den „Zuständen“ in der Offenbacher Ortsverwaltung. Wir halten uns für verpflichtet zur Klarstellung der in fast allen Stücken zu Unrecht erhobenen Anklage etwas zu sagen und bedauern außerordentlich, daß der Kollege Blum auf jeder greift und eine „Flucht in die Öffentlichkeit“, wie es unglücklich heißt, unternimmt, bevor er sich über die kritisch behandelten Fragen auch nur im geringsten informiert hat.

Die Hauptanklagen gegen Offenbach richten sich gegen die von unserer Verwaltung herausgegebenen Mitteilungen. In ganz unwürdiger Erregung versucht der Kollege Blum, unserer Verwaltung etwas am Zeuge zu fügen. Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß bei einer so großen Verwaltungsstelle nicht ab und zu Differenzen entstehen, das wird sich nie vermeiden lassen. Solche Differenzen entstehen auch in kleineren Verwaltungsstellen. Hier lösen sie jedoch nicht das aus, was bei einer Verwaltung mit einigen tausend Mitgliedern. Und wenn er schreibt, „daß weiteres Schweigen ein Verbrechen an den Interessen des Verbandes wäre“, so nehmen wir ihm nicht übel, daß er bombastisch und laut spricht. Wir werden in gelassener Deutlichkeit die Schiefheiten des Artikels gerade biegen und können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß der Artikel mehr aus Parteinteressen, denn aus Verbandsinteressen geschrieben wurde. Auch dies entschuldigen wir im Hinblick auf die Wahlen. Da muß so manches eintrübt werden.

Zuoberst müßten wir eines feststellen: Unser Mitteilungsblatt erschien unmittelbar nach dem Wirtschaftskampf regelmäßig monatlich und hat sich glänzend zur Sammlung und Festigung unserer Mitglieder bewährt. Mit welchem Recht Blum behaupten kann, daß die meisten Mitglieder im Offenbacher Bezirk die „Mitteilungen“ zurückweisen, ist uns unerklärlich. Das Gegenteil ist der Fall. (Die Informationen, die Blum verwendet, sind bestimmt über Art). Das Gros der Offenbacher Mitgliedschaft hat die Herausgabe der „Mitteilungen“ als eine dringende Notwendigkeit erkannt. Daß der eine oder der andere gelegentlich etwas am Inhalt auszusetzen hat, ist selbstverständlich. (Seit Jahren klagt über die Hälfte der Mitgliedschaft über den mangelhaften Inhalt unserer Verbandszeitung. Die stereotype Antwort des Kollegen Becker war immer „lassen kann man es nie recht machen“). Wenn Blum schreibt, daß Schmähe und Schimpfartikel in diesen Mitteilungen an der Tagesordnung seien, so übertreibt er, um kein schärferes Wort zu gebrauchen. Die Behauptung bis jetzt herausgegebenen Nummern können müßlos die Übertreibung der Blum'schen Argumente feststellen.

Neben organisatorischen Mitteilungen nimmt das Mitteilungsblatt zu allen Arbeiterfragen, die die Kollegschaft des Offenbacher Bezirks interessieren, Stellung — kritisch Stellung. Wir sind ja schließlich keine Pfaffenorgane, daß wir nur gläubig mit dem

Kopf rücken, und so kommt es, daß auch der Kollege Blum als Referent vor den Offenbacher Funktionären einmal kritisch betrachtet worden ist. Seine damals höchst persönlich gemachten Erfahrungen geben doch dem Mitteilungsblatt das Recht, seine Rede kritisch zu beleuchten. In der ganzen Versammlung war auch nicht ein einziger, dem seine Rede gefiel. Selbst die Parteigenossen Blums haben in der fraglichen Versammlung ihre Unzufriedenheit mit den Ausführungen offen zum Ausdruck gebracht.

Wenn wir in Nr. 5 bei Betrachtung des Abchlusses des Bundestages eine Parallele gezogen haben zwischen Theorie und Praxis und wenn wir hierbei gefordert haben wörtlich:

„Wir haben nur die bescheidene Bitte, der Offenbacher Organisation keine Sondergesetze in der Taktik vorzuschreiben und in der Verbandsorganisation von jetzt ab den überflüssigen Seitenhieb auf Offenbach zu lassen“

so war das unser gutes Recht. Wir sind aus verschiedenen Orten brieflich und persönlich um Aufklärung ersucht worden über Äußerungen Blums, die wir als ungeschickt zurückweisen mußten. Was soll es beispielsweise heißen, wenn der Kollege Blum in Leipzig vor den dortigen Arbeitern erklärte, in Offenbach hätte die Haltung die leitenden Kollegen auch nicht einen Tag in der Hand gehabt. Wo hingegen unsere Gegner (wir hatten deren viele) öffentlich feststellen mußten, daß im Offenbacher Bezirk noch selten so einmütig und geschlossen gekämpft worden ist. Und selbst Blum konnte am Tage des Abbruchs des Kampfes geradezu musterzügliche Organisationsdisziplin höchst persönlich feststellen. Wir verlangen, und haben hierzu ein Recht, daß man über den Offenbacher Bezirk keine Mitteilungen macht, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Was den Artikel über die Weinoefferte des ADGB anbelangt, so hat der Kollege Blum mit seiner Polemik arges Red. Denn mit derselben Post, mit der der Artikel des Kollegen Blum in den Offenbacher Bezirk kam, worin man entrüstet über unseren Protest loszog, mit der gleichen Post hat der ADGB, Warenversorgung Erier, eine neue Weinoefferte (Weihnachsoefferte), auch nach Offenbach geschickt. (8. Dezember.) Wenn das, was Blum schrieb, wahr sein soll, dann fragen wir an, mit welchem Recht dürfen Leute in Erier den Namen des ADGB für ihre Weingeschäfte benutzen. (Eine Abschrift der zweiten Offerte, die nach dem Eingreifen des Berliner Bundes erfolgt ist, haben wir an unseren Kritiker abgehen lassen und wir sind überzeugt, daß er sein Unrecht gegenüber der Ortsverwaltung Offenbach einsehen wird.) Um überlegen zu lassen, ob Blum selbst die Notwendigkeit unserer Kritik. Nachdem sie wirkungslos geblieben ist (siehe 2. Offerte), müssen wir noch schärferen Protest gegen diese Geschäftsüberlegung erheben.

Einen besonderen Raum in dem Artikel Blums nimmt die Besprechung der Offenbacher Kartellverhältnisse ein. Obwohl hierüber in den bis jetzt erschienenen Mitteilungen noch nichts veröffentlicht worden ist. Die Nichtzugehörigkeit zum Ortsausschuß Offenbach wird von uns selbst am schwersten empfunden. Es ist jedoch unmöglich, alle Momente, die zur Trennung mit dem Ortsausschuß führten, hier aufzuzählen. Wir greifen die wichtigsten heraus. Die maßgebenden Leute (Sekretär R.) im Ortsausschuß Offenbach, hielten es vor einem Jahr für richtig, zu saulernen, statt zu arbeiten. Seit 1922 im Winter sind in Offenbach die Betriebsräte nicht ordnungsgemäß zusammengesetzt gewesen. Nachdem der oben genannte neue Sekretär (1923) monatelang nichts tat, gab es Differenzen, die zu unserem Ausschluss führten. Der Ausschluss erfolgte, weil unsere Ortsverwaltung eine Betriebsrätevollversammlung für die Offenbacher Arbeiter einberief. (Zur besseren Übersicht bemerken wir hier, daß im ganzen Jahr 1924 keine Betriebsräteversammlung vom Ortskartell einberufen wurde, mit einer einzigen Ausnahme (siehe vor der Wahl.) Sollte gibt man in den Kartellkreisen offen die mangelhafte Qualität des damaligen Sekretärs zu, obwohl man ihn seinerzeit aus politischen Rücksichten deckte. Wenn Blum von dem guten Willen der Kartellleitung, mit uns zusammen zu arbeiten spricht, so bedrückt er falsch. Denn er selbst hat seinerzeit nach einer Sitzung mit dem Ortsausschuß unter Zeugen erklärt: „Ich sehe hier ist nichts zu machen, hier muß die Zeit beständig eingreifen.“ Und in einer anderen Situation ebenfalls unter Zeugen, als darüber gesprochen wurde, daß der Ortsausschuß gar nicht mit uns zusammen arbeiten wolle, erklärte er seinerzeitiger Kritiker: „Ja, euch wollen sie nicht, sondern euer Geld“ (erklärt mir, Graf Derindur, diesen Zwiepsalt der Natur). Nachdem das Kartell nachweislich ein Jahr geschlossen hat, haben wir sofort zur ersten Versammlung unsere Mitarbeit angeboten und diese Mitarbeit wurde uns auf ganz schmerzliche Art abgewiesen. Wenn der Kollege Blum seine Informationen aus Offenbach sich an der ordentlichen Stelle holen würde, dann könnten solche Falschinformationen nicht vor-

kommen. (Mitschneider haben immer eine schmutzige Phantasie.) Im übrigen verweisen wir auf Nr. 6 unserer Mitteilungen, worin wir den ganzen Schriftwechsel unserer Mitgliedschaft zur Kenntnis bringen. Zurzeit sind Bestrebungen zur Zusammenarbeit mit dem Ortsausschuß im Gange. Daß wir nicht schon früher zusammengekommen sind, ist darauf zurückzuführen, daß einige Leute vom Ortsausschuß es für richtig gehalten haben, unsere Organisation nach dem Wirtschaftskampf aus politischen Gründen in absterbender Weise zu beschimpfen. (Auch das ist dem Kollegen Blum als Zentralvorsitzender bekannt geworden.)

Was die Leipziger Sache anbelangt (Verhaftung Fragner, Dofede), so haben wir ein Recht darauf, über solche Vorgänge unterrichtet zu werden. Wir halten es für falsch, wenn unsere Redaktion auszulange zu solchen Fällen schweigt. „Wo wir unsere Informationen her haben“, fragt der Kollege Blum. „Von Herrn Reichsjustizminister selbstverständlich!“ Wenn der Kollege Blum auch nur einmal das Mitteilungsblatt Nr. 5, das es so eifrig kritisiert, richtig gelesen hätte, könnte er diese Frage und die Frage nach den „Gänsefüßchen“ dieses Abschnittes gar nicht aufwerfen. Unser Mitteilungsblatt klärt über diese Frage beim richtigen Lesen selbst auf. Wenn man sich darüber entrüstet, daß wir den Reichspräsidenten Ebert in Verbindung mit der deutschen Justiz gebracht haben, so bitten wir unsere Kritiker nicht zu vergessen, daß der Herr Reichspräsident durch die Selbstopferung des Reichsgerichtspräsidenten Niedner unmitttelbar nach dessen Provoaktion doppelt verantwortlich für die deutsche Justiz sich selbst gemacht hat. Die Unterstellungen, die der Kollege Blum dem Kartellschreiber unterstellen will, müssen wir ablehnen. Für solche Interpretationen muß der Urheber selbst verantwortlich werden.

Zum Schluß noch die Zeitungsfrage. Auch hier verlag die Anklage vollständig gegen die Offenbacher Verwaltung. Wir behaupten, daß der Kollege Blum seine eigenen Mitteilungen, die in den Verbandszeitungen von Nr. 26 bis 29 gestanden haben, entweder nicht gelesen oder schon wieder vergessen hat. Wenn man uns einen Vorwurf macht, wir hätten die Mitglieder falsch informiert, so berufen wir uns darauf, daß wir in Nr. 4 der Mitteilungen und auch in Nr. 5 lediglich die Nachrichten des Zentralvorstandes unseren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht haben. In diesen Nachrichten steht ausdrücklich für Oktober noch, daß die Zeitungen nur in beschränkter Anzahl herausgegeben werden. (Bitte nachlesen.) Wörtlich schreibt der Zentralvorstand: „Es müssen zwei Kollegen eine zusammenlesen.“ Es ist doch unerhöht, uns nunmehr im Anfang Dezember einen Vorwurf deswegen zu machen, daß noch nicht genügend Zeitungen bestellt seien. Gerade Offenbach war es und die Kollegen im Ausschuß Offenbach (Belege dafür), die ständig forderten und drängten, daß die Zeitung regelmäßig erscheint. Wenn natürlich der Kollege Blum Differenzen selbst konstruiert, dann kann sich der Zeufel dagegen wehren. Die Ortsverwaltung Offenbach erhebt gegen ein derartiges Gebaren schärfsten Protest.

Daß der Zentralleiter unseres Verbandes selbst darauf abhebt, daß wir in unseren Mitteilungen in jeder Ausgabe gegen die Christen vom Leber stehen, lassen wir im Interesse unseres Verbandes un widersprechen. Die Mitglieder urteilen über diese Frage anders wie der Kollege Blum.

Unsere Mitteilungen haben sich das Feld bei der Mitgliedschaft erobert. Die Mitteilungen sind Bindeglied zwischen Verbandsleitung und Mitgliedschaft und vorerst hat die Offenbacher Mitgliedschaft beschlossen, die Mitteilungen weiter erscheinen zu lassen. Man kann über das oder jenes im Mitteilungsblatt streiten. Aber aber so kategorisch fordert „fort damit“, tut dies aus anderen, als aus gewerkschaftlichen Gründen. Die Ortsverwaltung Offenbach ist sich ihrer schweren Arbeit jetzt nach dem Wirtschaftskampf und in der Wirtschaftskrise voll bewußt. Die gegen uns erhobenen Angriffe weisen wir ebenso entschieden wie einmütig zurück.

Die Ortsverwaltung Offenbach.
S. A. Galn.

Unmögliche Polemik.

Die Antwort des Kollegen Galn auf meine Ausführungen in Nr. 40 trägt den Untertitel: „Eine Abwehr der Offenbacher Ortsverwaltung.“ Ich bezweifle, daß die Ortsverwaltung Offenbach zu diesem Artikel überhaupt Stellung genommen hat. Unsere Zeitung kommt frühstens Freitag nach Offenbach und der Artikel wurde am 8. Dezember geschrieben, so daß meine Zweifel berechtigt sind.

Die Form, in der die Abwehr Galns gehalten ist macht es jedem wahrheitsliebenden Menschen unmöglich, mit ihm zu polemizieren. Der unparteiliche Leser wird sich aber ohnehin sein Urteil sehr leicht bilden können, vor allem aber die Leser des Mitteilungsblattes. Aus diesen Gründen beschränke ich

nur auf einige Nichtigstellungen, ohne damit die Wahrheit der von mir nicht berührten Behauptungen Galns zuzugeben.

Wenn Galn behauptet, daß in der Vertauensmännerklärung vom 25. September auch nicht ein einziger Redner sich auf meinen Standpunkt gestellt habe, so ist dieses unwahr. Wahr ist vielmehr, daß drei Redner der neuen Opposition sich gegen Galn wendeten und sich meiner Auffassung angeschlossen. Wahr ist ferner, daß auch mein Parteigenosse Buddeck nicht restlos, sondern nur bedingt gegen mich polemisierte.

Zu der Frage des Tarifstreites führt Galn eine Zuschrift aus Leipzig an, nach der ich dort behauptet hätte, daß die Offenbacher Zeitung den Streik auch nicht einen Tag in den Händen gehabt hätte. Ich erkläre diese Behauptung für völlig unwahr. Wahr ist, daß ich gesagt habe, daß die Offenbacher Ortsverwaltung nicht den Zeitpunkt des Kampfes bestimmt habe, sondern andere Leute. Diese Ausführungen habe ich aber erst im Schlußwort machen müssen, nachdem ein Diskussionsredner sich länger mit dem Offenbacher Kampf beschäftigt. Ich bin gewöhnt, zu meinen Worten zu stehen und erkläre auch heute noch, daß unsere Offenbacher Kollegen sich musterzünftig gehalten hat. Ich hatte um so weniger Anlaß, mich in Leipzig mit der Offenbacher Zeitung zu befassen, als mir die unterirdischen Kanäle zwischen gewissen Leuten hinlänglich bekannt sind.

Nun die Weinoefferte. Der Artikel in Nr. 5 der Mitteilungen wendet sich nicht gegen den Ortsausschuß Erier, sondern allgemein gegen die öffentliche Tätigkeit des ADGB in Berlin. Ob der Ortsausschuß Erier als Glied des ADGB, seine Funktionen im Interesse der Arbeiterschaft erfüllt, dürfte in Offenbach nicht beurteilt werden können. An unserer Stellungnahme in Nr. 40 wird auch durch das Erscheinen der zweiten Weinoefferte nichts geändert. Um unseren Mitgliedern selbst ein Urteil zu ermöglichen, lassen wir die begünstigten Stellen der „Bundes-Mitteilungen“ Nr. 13 vom Oktober d. J. folgen. Nachdem einleitend darauf verwiesen wird, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine sich beschwerdeführend an den ADGB gewandt hat, heißt es wörtlich:

„Eine derartige Beteiligung der Ortsausschüsse geht weit über das ihnen zugewiesene Aufgabenfeld hinaus. Keine Bestimmung der Bundeseinleitung gibt den Ortsausschüssen das Recht, offene Handelsgeheimnisse im Namen des ADGB einzurichten. Jeder Handelsbetrieb verpflichtet den Firmenträger zur zeitweiligen Haltpflicht, die der Bundesverband absehen muß, weil er auf keinen Fall für die geschäftlichen Manipulationen betrieblicher Ortsausschüsse die Haftung übernehmen kann und will. Sollen die Gewerkschaftsmitglieder mit Bedenkswaren aller Art verlogt werden, dann sind die Konsumvereine die zuständige Warenverteilungsfelle. . . .“

Die gewissenhafte Wahrnehmung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen durch die einzelnen Ortsausschüsse erfordert die volle Kraft aller Funktionäre. Für die Errichtung einer „Warenverorgungsfelle“ oder „Wohlfahrtspflege“ des ADGB, wie die Firmenbewegung meist lautet, kann deshalb in unserer Bewegung kein Raum sein. Wir müssen deshalb von den einzelnen Ortsausschüssen erwarten, daß Neugründungen unterbleiben und bestehende Geschäftserrichtungen so schnell wie möglich liquidiert werden.“

Die Beurteilung, die der Ortsausschuß Offenbach durch Galn erlährt, dürfte die Berechtigung unserer Kritik stark unerschöpfen haben. Nichts zu stellen ist noch, daß in einer Sitzung am 31. Januar d. J. der Kollege Galn und ich vom Vorstand den Bericht unternehmen, den Anschlag an das Kartell wieder herbeizuführen. Nach eingehender zweifelloser Ausprache habe ich allerdings erklärt, daß hier nichts zu machen sei. Hierdurch haben wir aber nicht dem Standpunkt Galns recht, sondern wir halten unzweifelhaft zu erklären, daß wir die Stellungnahme des Ortsausschusses völlig billigen. Ferner ist es unwahr, daß ich gesagt habe: „Ja, euch wollen sie nicht, sondern euer Geld.“ Galn habe ich in Gegenwart einiger Gauleiter bei Gelegenheit des Abbruchs des Streiks: „Das Kartell ist auf den Anschlag eurer Ortsverwaltung angemessen, weil ihr die größte Mitgliedschaft habt und weil sie ohne euer Geld nicht die Aufgaben eines Ortsausschusses erfüllen können.“ Sofern sich die Bestrebungen auf Anschlag an das Kartell befähigen sollten, würden wir dieses durchaus begrüßen. Diese Erkenntnis dürfte erst in den letzten Tagen gewonnen sein, denn ein Rundschreiben mit der Unterschrift Galns vom 17. November lautet wie folgt:

„An unsere Vertrauensleute und Funktionäre! Durch den Ortsausschuß der Gewerkschaften ist für Dienstag abend nach einjährigem Schweigen eine Gewerkschaftsfunktionärerversammlung einberufen worden.“

Auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage der deutschen Arbeiterbewegung haben wir an das Kartell den Antrag gestellt, diese Versammlung „allgemein“ zu gestalten, damit die Funktionäre unseres Verbandes daran im Interesse der gesamten Arbeiterschaft teilnehmen könnten. In einem höflichen Schreiben hat der Kollege Stadtmüller diesen Antrag im Auftrag des Kartells abgelehnt. Aus der ganzen Aufmachung der Antwort geht hervor, daß das Kartell nicht etwa wieder arbeiten will, sondern lediglich wegen der Wahl die Betriebsräte „arbeiten“ läßt. Diese unsere Ansicht wird bestätigt durch einen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei in der heutigen Nummer des „Ossenbacher Abendblatts“, wonach nur die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei für die Sitzung genehmigt werden. Statt zu den Wirtschaftsfragen Stellung zu nehmen, betreibt das Kartell nach seinem einjährigen Dornröschenschlaf „eifrig“ parteipolitische Propaganda.

Die Verwaltung wird zu dieser Haltung des Kartells Stellung nehmen und die notwendigen organisatorischen Maßnahmen durchführen. Nebenfalls ist für jeden Arbeiter und Funktionär ersichtlich, daß das Gewerkschaftskartell, das bedeutungslos mit Kapitalisten gearbeitet hat (Reichsbanneraufruf Stadtmüller), die Zusammenarbeit mit dem größten und stärksten Verband in Ossenbach ablehnt.

Wer den ehrlichen Willen zur Einigung hat, kann unmisslich einer solchen Sprache sich bedienen.

Dieser Schimpfwörterkrieg stammt aus dem Moskauer Bezirk, und blieb es dem „Revolutionären Arbeiter“, einer echt Moskauer Gründung für die Opposition in unserem Verband, vorbehalten, ein Loblied auf die „revolutionäre Tat“ des Austritts aus dem Ossenbacher Kartell zu singen.

Wenn man in Verbindung mit dieser Frage vom *W. S. G. u. C. E.* spricht, so lehne ich es ab, mich mit Deuten darüber zu unterhalten, die so auf unerbittliche Drahtzieher angewiesen sind. Meine Informationen sind nur nicht zugetrogen, sondern es sind eigene Wahrnehmungen, die aber auch noch von vielen anderen Kollegen gemacht wurden.

Damit die Mitglieder die ungläubige Hineinziehung und Beschimpfung unseres Reichspräsidenten Ebert in den „Mitteilungen Nr. 5“ selbst beurteilen können, bringen wir folgenden Auszug daraus:

„Die Willentarte des Kollegen Ebert.“

Bekanntlich ist der Kollege Ebert, zurzeit Reichspräsident, wegen seiner arbeiterfeindlichen Haltung aus der Organisation der Sattler und Portefeuller ausgeschlossen worden. Unsere Berufsorganisation hatte zu wenig Verständnis für das „legensreiche“ Wirken dieses „Anschollegen“. Seit dieser Zeit sind wir in Deutschland schon herrlich weit gekommen, so daß man sich verlustig fühlt, anzunehmen, Herr Ebert wolle die Versprechungen seines glorreichen Vorgängers: „herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen“ erfüllen. Wie gesagt, dieses alte Wortlein ist oft mißverstanden.

Aufhebung des Streikrechts der Eisenbahner. Erlaß für den Einmarsch in das proletarische Sachfen, Unterzeichnung von Todesurteilen waren die Stappen der Entsendung zwischen Kollegen und Organisation.

In der deutschen Republik sind seitdem große Anstrengungen gemacht worden, die Demokratie durchzusetzen, besonders in der Justiz ist Gelegenheit für eingehendes Studium geboten. Herr Ebert hat nun auch dem Sattler- und Portefeullerverband seine Willentarte überreichen lassen.

Und nun fragen wir noch einmal: Was hat der Reichspräsident Ebert mit dem Weipziger Prozeß Dalade-Frahner bzw. mit der kommunistischen Kronegenin Opitz zu tun?

Zur Frage der Zeitungsverbreitung im Ossenbacher Gebiet einige Erinnerungen. Gezimmungen durch die Inflationsfolgen konnten wir die Zeitung nur gegen einen kleinen Betrag abgeben. Die Ortsgruppen im Reich bemühen sich eifrig um ihre Verbreitung. Nach Ossenbach gingen aber nur die durch uns überwiesenen 150 Freizugemulare, bezahlt wurde kein einziges Exemplar. Wenn schrieb am 13. März: „Die Ortsverwaltung lehnt es nach wie vor ab, aus eigenen Mitteln die Zeitung zu bestellen. Ein Kartieren für die Verbandszeitung, wie es gewünscht wird, ist erst möglich, wenn die Zeitung inhaltlich ein anderes Gesicht bekommt.“ In Nr. 4 und 5 der Mitt. wird nun fälschlich behauptet, daß unsere Zeitung vom 1. Oktober ab wieder regelmäßig und wöchentlich erscheint. Wir wiederholen nochmals, daß unsere Zeitung seit 1. Mai wieder regelrecht ohne Ausnahme erscheint, ist nur mit dem Unterschied, daß wir sie jetzt wieder kostenlos abgeben. Es widerspricht auch unseren unternehmen Bekanntmachungen vom August nicht, wenn wir im Oktober die Auflage von Nummer zu Nummer vergrößern. So schrieb Kollege Nibel dem Ossenbacher Korrespondent, Kollegen Krüger, am 28. Oktober

folgendes: „Ich bitte dich, nach deinem Verzeichnis einmal die Anzahl der Zeitungsexemplare durchzugehen und da, wo es nottut, welche zu streichen und auf der anderen Seite die selbe zu erhöhen und Änderungen vorzunehmen. Auch für Ossenbacher-Stadt könnt ihr mehr bekommen, wenn Bedarf dafür vorliegt.“ Die Liste kam zurück und wurden für 5 Orte 117 Zeitungen mehr verlangt für die Stadt Ossenbach wurde die durch den ganzen Oktober hindurch aus eigenem Ermeßen zugestellte Auflage von 900 Exemplaren nicht erhöht, trotz unseres Angebots. Erst zu Anfang Dezember hat man 3000 Stück verlangt, die auch zugestellt wurden. Ich stelle diese Tatsachen fest, ohne mich weiter dazu kritisch zu äußern.

Ferner habe ich nicht behauptet, daß die „meisten“ Mitglieder das Mitteilungsblatt ablehnen, und ist es auch eine Unterstellung, daß ich diesen Artikel aus wahlpolitischen Erwägungen heraus verfaßt habe. Man sucht niemand hinter dem Busch, wenn man nicht selber dahinter gesteckt hat. Für mich spielen parteipolitische Gründe durchaus nicht mit. Ich und unser Vorstand wollen nur ein gutes Verhältnis mit Ossenbach wie mit den übrigen 200 Verbandsstellen. Dieses wollen auch die Ossenbacher Mitglieder, und zum Beweis führe ich noch eine Zuschrift an den Verbandsvorstand an, welche zu demselben Schluß kommt wie ich. Unter dem 2. Dezember erhielten wir folgende Zuschrift:

„An den Vorstand des Sattler- und Portefeullerverbandes, Berlin.“

Werte Kollegen!

Die unhaltbaren Verhältnisse innerhalb unserer Ossenbacher Ortsverwaltung haben eine Anzahl Kollegen von Heusenstamm veranlaßt, dieser eine Beschwerde zuweihen zu lassen, von der wir auch eine Abschrift zustellen:

„Die unterzeichneten Kollegen Heusenstamm erheben Protest gegen das unfollegale und politisch einseitige Vorgehen der Ortsverwaltung und beantragen:

„daß das Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung Ossenbach sein Erscheinen einstellt.“

Begründung:

Wir können es nicht mehr verantworten, daß ein aus allgemeinen Verbandsmitteln herausgegebenes Mitteilungsblatt im parteipolitischen Kampfe verwannt wird. Denn es darf nur Aufgabe eines Mitteilungsblattes einer aus verschiedenen Parteien zusammengesetzten Gewerkschaft sein, Berufs- und Verbandsfragen zu erörtern. Daß an diesem Grundsatz nicht festgehalten wurde, beweist am besten die Ueberflüssigkeit des Blattes. Zur Erörterung der politischen Tagesfragen ist die Tagespresse da. Wir protestieren dagegen daß geradezu in unerhörter Weise der Kollege Fritz Ebert beleidigt wird, was uns nur beweist, daß die hiesige Ortsverwaltung noch nicht einmal die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Reichspräsidenten kennt.

Das regelmäßige Erscheinen der Verbandszeitung macht auch das Mitteilungsblatt überflüssig, denn sämtliche in der Novembernummer behandelten Artikel könnten auch mit geringen Abänderungen (die fälschlich eine politische Note tragen) in der Verbandszeitung erscheinen.

Alle Kollegen sind der Meinung, daß Kollege Galm in seinem letzten Blatt dem Faß den Boden ausgeschlagen hat, und wir sind nicht gewillt, unsere Parteiliebe mit eigenem Geld in Schmutz und Staub zu legen zu lassen.

Sollte die Ortsverwaltung unserem Anstehen nicht nachkommen und weiter die Gelder des Verbandes auf solche Art vergeuden, so werden wir in Verbindung mit Nachbargemeinden eine eigene Zeitschrift gründen und unsere Beiträge direkt nach Berlin senden.

Wir bitten von dem Schreiben Kenntnis zu nehmen und zeichnen mit kollegialem Gruß Heusenstamm, den 28. November 1921.

Unterschriften:

Dieses Schreiben spricht eine sehr deutliche Sprache und bedarf keines weiteren Kommentars meinerseits. P. Blum.

Neutralität der Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

(Eine Erwiderung an Ernst Schulze.)

Die Nr. 40 unserer Verbandszeitung enthält einen Artikel unseres Kollegen Ernst Schulze, zurzeit Angehöriger des ADGB, welcher die schärfste Zurückweisung erfordert. Schärfste Zurückweisung deshalb, weil es sich bei dieser Einseitigkeit des Kol. Schulze um nichts anderes handelt, als den Versuch, die Redaktion unserer Zeitung unter die Fensur der Sozialdemokratischen Partei zu stellen und die Mitglieder,

die sich zur Kommunistischen Partei bekennen, mundtot zu machen.

Den Mut zu diesem Begehren (für das ich keinen Ausdruck finde, der gelinde genug wäre, um druckfähig zu sein) dürfte der Kollege Schulze aus der Tatsache schöpfen, daß in den letzten Nummern unserer Zeitung ganz offen und einseitig für die Sozialdemokratische Partei Wahlpropaganda getrieben wurde. Und die Einseitigkeit des Kollegen Irriblich war die einzige anderstlaudende Stimme in der Flut der Artikel, welche für die SPD. Propaganda machte. Wenn nun aber der Kollege Schulze trotz dieser Bescheidenheit der (in unserem Verbandsrat doch gewiß auch zahlreich vertretenen) Kommunisten den Augenblick für gekommen hält, um die Verbandszeitung und unseren Verband selbst ausschließlich für die Sozialdemokratische Partei zu verpflichten, dann muß ihm von allen Mitgliedern und den Instanzen eine ganz energische Abfuhr erteilt werden.

Unsere Organisation ist innerlich gesund geblieben trotz all dem Schwere, was hinter uns liegt und keine Ursache in Inflation, Wirtschaftskämpfen und -krisen hatte. Und daß unsere Organisation intakt blieb, beruht zum Übergrößten Teile darauf, daß es bei uns immer oberster Grundsatz war: im Rahmen der gewerkschaftlichen Tätigkeit gebührt der „rein politischen“ Arbeit erst der zweite Platz. Durch Befolgung dieses Grundsatzes wurden Erschweren, wie sie andere Organisationen zu verzeichnen haben, vermieden, und mit mir wird jedes vernünftig urteilende Mitglied dies als zum Vorteil der Organisation buchen.

Näme der Kollege Ernst Schulze mit seiner Auffassung (die in vielem an die pfäffliche Unzulänglichkeit vergangener Zeiten erinnert) zum Durchbruch, dann wäre der hieraus sich ergebende Schaden für unsere Organisation gar nicht abzuschätzen.

War es selber getrieben, trotz der politischen Zerklüftung in der Arbeiterschaft den Verband vorwärts zu entwickeln, so darf es nie und nimmer jemandem gestattet sein, diese Entwicklung lehrförmig zu stören, wie es Ernst Schulze mit seinem Verlangen erzielen würde. Um so mehr als Ernst Schulze dies alles von einer Plattform aus versucht, die es ihm ermöglicht, ruhig zuzusehen, wenn der Verband Schaden erleidet, dem eine direkte Verantwortlichkeit gegenüber unserer Organisation hat er nur noch in begrenztem Maße.

Die Redaktion hat in richtiger Erkenntnis ihrer Verpflichtungen gegenüber der Mitgliedschaft Ernst Schulze klar und eindeutig zurückgewiesen. Mögen diese Zeiten in der Mitgliedschaft das Empfinden wecken und vertiefen, daß nur sachliches und planmäßiges Zusammenarbeiten aller Beteiligten uns zum gemeinsamen Ziel führen: Befreiung der arbeitenden Klassen!

Ossenbach a. Main, den 10. Dezember 1921.

Theodor Aufemanna,
Ausführungsvorsitzender.

Der neue Reichstag.

Das endgültige Resultat der Reichstagswahlen ist folgendes: Es sind 493 Abgeordnete gewählt. Davon entfallen 130 auf die Sozialdemokratie, 103 auf Deutschnationalen, 69 auf das Zentrum, 51 auf die Deutsche Volkspartei, 45 auf die Kommunisten, 32 auf die Demokraten, 19 auf die Bayerische Volkspartei, 17 auf die Wirtschaftspartei, 14 auf die Nationalsozialisten, 8 auf den Landbund, 4 auf die Deutschdänischer.

Die stärkste Partei ist die Sozialdemokratie mit 7859433 Stimmen; dann folgen die Deutschnationalen mit 6180281, das Zentrum mit 4117481, Kommunisten mit 2696956, Deutsche Volkspartei mit 3046493, Demokraten mit 1915167, Bayerische Volkspartei mit 1120752, Nationalsozialisten mit 901601 usw.

Insgesamt wurden 30195369 Stimmen abgegeben.

Wie verlautet, tritt die Regierung Marx in diesen Tagen zurück, was daraus folgt, ist noch völlig unklar. In der Tagespresse werden täglich die sich widersprechendsten Kombinationen über die mutmaßliche Zusammensetzung der neuen Regierung laut.

Aus unseren Berufskreisen.

In der Lederwarenindustrie ist man unangenehm auf der Suche nach Neupersonen, mit welchen große Umsätze zu erzielen sind. Es will nichts mehr so recht gehen; so ist man auf den Gedanken gekommen, ob sich nicht auch die Photographie in diesen Dienst stellen läßt. Und siehe da, es wurde vollbracht. Aus England wird berichtet, daß es gelungen ist, ein Verfahren zu entdecken, mittels dessen man Photographien auf Leder herstellen kann. Diese Gebilde sollen allen Einflüssen des Lichts und Wetters standhalten. Man kann sich leicht ausdenken, was nun-

mehr alles möglich ist. Man berichtet bereits, daß als Motive alle berühmten Baumerke, Gemälde berühmter Maler, Porträts usw. dienen sollen. Wir werden daher bald erleben, daß die Damen mit allen möglichen Gebliden auf ihren Handtaschen prunken.

Kurse für das Tapezierer-, Dekorateur- und Sattlergewerbe in Württemberg. In der Voraussicht, daß mit der wiedererwachenden Bautätigkeit die genannten Berufe vor neue, ihnen zum Teil noch unbekannt Aufgaben gestellt werden könnten, sollte zu Beginn des neuen Jahres Winterbildungskurse veranstaltet werden. Das Landesgewerbeamt will zusammen mit dem Fachverband in verschiedenen Städten Tages-, Halbtags- und Abendkurse veranstalten. Es soll dort Anleitung erteilt werden zur Anfertigung moderner Dekorationen und Postermöbel, zum Legen von Einoleum usw. Auch für Sattler sind Kurse vorgesehen über Kammstbau.

Anmeldungen müssen bis zum 20. Dezember beim Bureau des Landesgewerbeamts in Stuttgart, Känglestr. 19 II, Zimmer 28, erfolgen. Die Vermittlung besorgt auf Wunsch Gauweiler 3. Hg, Stuttgart, Böheimstr. 110.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die „Gewerkschaftszeitung“ bespricht in ihrer Nummer 50 das Ergebnis der Reichstagswahlen und meint ebenfalls, daß die künftige Regierungsbildung noch ein großes Fragezeichen bilde.

Bezüglich des Verhaltens der Gewerkschaften gegenüber den Kommunisten meint sie: „Da gilt es eben standzuhalten und ohne ängstliche Rücksichtnahme die Störenfriede beseitigen, kommunistische Herde aus der Mitgliedschaft ausschneiden und gegen das Einbringen dieser Spaltspitze sichere Maßnahmen zu ergreifen. Mögen sie rein kommunistische Organisationen gründen, soweit sie wollen, kommunistische Tarife abschließen — in unseren Gewerkschaften darf für ihre zersetzende Propaganda kein Platz mehr sein — die kommunistische Gefahr ist endgültig überwunden, wenn alle Gewerkschaftsleitungen in dieser Richtung zusammenwirken und niemand mehr sich von der irrischen Parole der Einheitsorganisation blenden läßt.“

Als anerkannte Gewerkschaftsführer ziehen folgende in den neuen Reichstag ein: Grafmann, Jansched, Silberstein, Robert Schmidt, Georg Schmidt, Breg, Dismann, Siebel, Wirbig, Hufemann, Schäffel, Schumann, Simon, Bauer, Willeit, Schütte, Bender, Rohle und Aufhäuser von Iff-Bund.

Lohnbewegungen und Streiks.

Jahrzeugindustrie.

Einbeffingen bei Stuttgart. Ab 4. Dezember wurde die ganze Belegschaft bei Daimler ausgesperrt, 150 Kollegen sind dabei betroffen.

Eisenach. Bei der Firma Ditzl stehen 45 Kollegen bereits die 4. Woche im Streik. Die Firma läßt bei auswärtigen Firmen Wagen herstellen.

Kollegen achtet darauf! Jede Arbeit für die genannte Firma ist abzulehnen.

Köln a. Rh. Die Autosattler der Firma Papler stehen seit 5. Dezember im Ausstand.

Lederwarenindustrie.

Düsseldorf. Die Kollegen stehen seit 8. Dezember im Streik zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Landsberg a. d. W. Der Lohnstreik bei der Firma Nag Koberslein geht weiter. Besonders sei darauf verwiesen, daß die Firma fast ständig in den auswärtigen Zeitungen annonciert, um billige Arbeitskräfte zu bekommen.

Tapezierergewerbe.

Elmsborn. Lohnstreik der Tapezierer erfolgreich beendet.

Arbeite streng die genannten Orte!

Die Arbeitslosigkeit

Im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband Ende November 1924.

Von 200 Verwaltungsstellen mit 32 147 Mitgliedern, davon 6504 weiblichen, haben 84 Verwaltungsstellen mit 23 511 Mitgliedern, darunter 5040 weiblichen, berichtet, 106 Verwaltungsstellen mit 8636 Mitgliedern, darunter 564 weiblichen, haben nicht berichtet.

Am letzten Tage im November waren arbeitslos 2152 Mitglieder, davon waren 665 weibliche, 1587 männliche = 7,6 Proz. gegen 7,5 Proz. im November. Die Lage des Arbeitsmarktes ist mithin bisher unverändert geblieben. Verkürzt arbeiten:

Stunden	Zahl der Arbeiter		zusammen
	männl.	weibl.	
1 bis 8 Stunden . .	574	156	730
9 bis 16 Stunden . .	585	126	711
17 bis 24 Stunden . .	1146	312	1458
25 und mehr Stunden	69	20	89
	2374	614	2988

Die Zahl der Kurzarbeiter ist etwas gestiegen, von 8,1 Proz. im Oktober auf 10,5 Proz. im November.

Die Berichterstattung hat sich wieder auffallend verschlechtert.

Wieder eine Berichtigung der Firma Erich Schüller, Hamburg.

Berichtigung gemäß § 11 des Pressegesetzes.

Die Angaben in Nr. 38 dieser Zeitschrift sind unrichtig. Es ist nicht wahr, daß von 20 Beschäftigten nur drei dem Verband angehören, wahr ist vielmehr, daß von 60 Beschäftigten über 45 dem Verband angehören. Unrichtig ist auch, daß uns wiederholt gute Spezialisten zugeschickt worden sind; vielmehr waren die Arbeitskräfte, die die Hamburger Geschäftsstelle uns zusandte, durchweg ungeeignet. Wenn wir Arbeitskräfte benötigen, stellen wir gute Spezialisten stets ein.

Seit Mal d. 3. ist bei uns nicht mehr im Afford gearbeitet worden; bis dahin geschah dies auch nur auf ausdrücklichen Wunsch unserer Bezugschaft.

Hamburg, den 9. Dezember 1924.

Erich Schüller.

Bücherchau.

Morgenstern, Wilhelm, Sattlermeister. Der Sattler als Juchneider, eine Sammlung von 271 vielfach angelegten Zeichnungen für Sattl., Reil- und Fahrrequisiten nebst genauer Angabe der erforderlichen Maße. Nach eigenen Erfahrungen bearbeitet. 12. Auflage. Verlag von Laubach u. Coerth, Berlin SW. 68. Preis kart. 5 Mk.

Sattlermeister Wilhelm Morgenstern trat im Jahre 1877 mit der ersten Ausgabe vorliegenden Buches an die Öffentlichkeit, in der Erwartung, daß es seinen Zweck, jedem Sattler bei allen vorkommenden Arbeiten ein praktischer Leitfaden zu sein, erfüllen wird. Die bisher erschienen 11 Auflagen haben gezeigt, daß sich das Buch in Fachkreisen großer Beliebtheit erfreut. Die jetzt vorliegende 12. Auflage ist umgearbeitet, bedeutend erweitert und mit zahlreichen neuen Zeichnungen versehen, ein Teil der früheren Militär- und Ausstattungsstücke der deutschen Armee kam in Fortfall. Besonders Verdienst um die Neubearbeitung gebührt dem Sattlermeister Max Doering und H. Kugelmann, welche an Stelle des verstorbenen Verfassers sich der großen Mühe der Umarbeitung unterzogen haben.

Das Werk ist auf Kunstdruckpapier gedruckt; jeder Fachmann, welcher sich mit Sattlerarbeiten befaßt, erhält willkommenes Fingerzeig, da sämtliche Maße genau nach Meter, Zentimeter und Millimeter berechnet und angegeben sind. Alle Gegenstände, seien es Kummerte, Halfter, Säume, Riemen, Mantelkörbe, Stalldeden, Sättel, Geschirre der mannigfaltigsten Arten, Leinen bis zum Sechszug und Hunderte anderer Sattlerartikel sind durch Abbildungen illustriert. Das Buch ist selbst für den leichtesten Fachmann ein wertvolles praktisches Nachschlagewerk.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 22. bis 28. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Gebundene Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitungen.

Wie alle Jahre, sollen auch für das Jahr 1924 eine Anzahl Jahressbände des Verbandsorgans eingebunden werden. Unsere Ortsverwaltungen haben die Notwendigkeit inuner mehr erkannt, am Ort ein gebundenes Exemplar als Nachschlagewerk zur Information zu besitzen. Die Hauptverwaltung gibt den Band zum Preise von 2 Mk. ob. Bestellungen bitten wir uns bis zum 28. Dezember mitzuteilen.

Wir sind noch im Besitz einiger gebundener Exemplare des Verbandsorgans vom Jahre 1923. Auch diese geben wir zum Preise von 2 Mk. ob. Hauptverwaltung, Berlin, Brückenstraße 10 b, III.

Achtung! Graue Monatsberichtsarte geht den Verwaltungsstellen mit dieser Nummer der Zeitung zu. Die Karte ist bis spätestens zum 5. Januar 1925 genau ausgefüllt an die Hauptverwaltung einzusenden. Stichtag ist Sonnabend, der 27. Dezember.

In der letzten Nummer unserer Zeitung haben wir eine Reihe von Orten aufgeführt und gebeten, uns die örtlich vereinbarten Löhne mitzuteilen. Hiermit ersuchen wir nochmals sämtliche Orte, welche für die verschiedensten Branchen örtlich Löhne festlegen, uns diese umgehend bekanntzugeben zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

Ortsverwaltungen oder Kollegen, welche die Adresse des Tapezierers Erich Günther aus Zeitz wissen, geben bitte Nachricht an Filiale Hamburg oder meine Adresse: Carl Winter, Hamburg 24, Wandbekerstraße 77.

Veranstaltungskalender.

Berlin: Die Jugendabteilung veranstaltet am 27. Dezember, abends 8 Uhr (Dritten Feiertag) eine Winter-sonnenwendfeier im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Alle jugendlichen Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen, ebenfalls die Eltern.

Die Jugendleitung.

Berlin. Das Bureau ist am 24. und 31. Dezember von 12 bis 12 Uhr mittags geöffnet.

Sterbetafel.

Stuttgart. Am 20. November starb unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer Karl Rühle im Alter von 44 Jahren. — Am 2. Dezember die Räuberin Hermine Eipper.

Berlin. Am 12. Dezember verstarb unser langjähriger treuer Kollege, der Tapezierer Albert Strembel im Alter von 45 Jahren.

Breslau. Im Alter von 65 Jahren starb am 21. 11. Kollege Gustav Anlauf, Tapezierer.

Donauw. Im Alter von 39 Jahren starb hier unser langjähriges Verbandsmitglied und früherer Ortskassierer Friedrich Hermann infolge Herzschlages. Wir verlieren in ihm ein Mitglied, das seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes stellte.

München. Im Alter von 48 Jahren starb der Portefeuller Emanuel Huber.

Köln a. Rh. Im Alter von 64 Jahren starb unser Kollege der Tapezierer Wilhelm Honoff.

Ehre ihrem Andenken.

Jüngere Sattler

stellt ein
Riemenfabrik Max Fider & Sohn.
Osnabrück.

**Perfekten
Maschinennäher**

für die Moens-Ranten-
Nähmaschine sucht
H. Wunderlich Nachf.
Berlin, Wilhelmstr. 22



G. Bruckdacher, Werkzeugfabrik,
Berlin S., Oranienstraße 43.